

Ostdeutschland im Wandel:
Lebensverhältnisse –
politische Einstellungen

KSPW: Transformationsprozesse

Schriftenreihe der Kommission
für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels
in den neuen Bundesländern e.V. (KSPW)

Herausgegeben vom Vorstand der KSPW:
Hans Bertram, Stephan Leibfried,
Hildegard Maria Nickel, Oskar Niedermayer,
Gisela Trommsdorff

Band 7

Ostdeutschland im Wandel: Lebensverhältnisse – politische Einstellungen

Herausgegeben von Hans Bertram

Leske + Budrich, Opladen 1995

ISBN 978-3-8100-1433-7 ISBN 978-3-322-95785-6 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-322-95785-6

© 1995 by Leske + Budrich, Opladen

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Satz: Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik, Berlin

Inhalt

Editorial	VII
-----------------	-----

Teil 1

Lebensbedingungen und soziale Lagen

Otto G. Schwenk

Lebensbedingungen und Bausteine für die Konstruktion sozialer Lagen in Ostdeutschland – Werkstattbericht	3
---	---

Elvir Ebert

Einkommen und Konsum in den neuen Bundesländern Ergebnisse der Mehrthemenbefragung der KSPW 1993	31
---	----

Sabine Schenk

Erwerbsverläufe im Transformationsprozeß	69
--	----

Kimberly Crow und Marina Hennig

Wohnen und soziale Infrastruktur von Familien in den neuen Bundesländern	99
---	----

Teil 2

Wertorientierungen und Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen

Thomas Gensicke

Pragmatisch und optimistisch: Über die Bewältigung des Umbruchs in den neuen Bundesländern	127
--	-----

VI

Stefan Löwenhaupt

Bürger und Verwaltung in den fünf neuen Bundesländern 155

Teil 3

Demokratieverständnis, politischer Protest und Parteipräferenzen

Oscar W. Gabriel

Politischer Protest und politische Unterstützung in den neuen
Bundesländern 173

Wolfgang Kühnel

Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus:
Korrelate sozialer Deprivation und politischer
Unzufriedenheit? 207

Hans Rattinger

Parteieneigungen in Ostdeutschland vor und nach der Wende 231

Jürgen W. Falter

Wahlverhalten und Wahlabsichten in Ostdeutschland
1990 und 1993 255

Teil 4

Methodische Anlage und Ausführung der KSPW-Repräsentativumfrage 1993

Jürgen H. P. Hoffmeyer-Zlotnik

KSPW-Repräsentativumfrage 1993:
Methodische Anlage und Durchführung 287

Die Autoren des Bandes 311

Editorial

Der vorliegende Band faßt erste Ergebnisse der Mehrthemenumfrage der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V. (KSPW) zusammen. Die KSPW, Ende 1991 auf Anregung des Wissenschaftsrates gegründet und aus Zuwendungen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie sowie des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung finanziert, hat es sich zur Aufgabe gemacht, den sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern zu analysieren bzw. seine Erforschung zu fördern, die empirischen und theoretischen Grundlagen für politische Handlungsempfehlungen zu erweitern und den wissenschaftlichen Nachwuchs in den neuen Bundesländern sowie den Aufbau der Sozialwissenschaften an den dortigen Universitäten und Hochschuleinrichtungen zu unterstützen und die Zusammenarbeit zwischen Sozialwissenschaftlern in Ost und West zu verstärken.

Die Reihe „Transformationsprozesse“, die der Vorstand der KSPW herausgibt, ordnet sich in die oben genannten Ziele der KSPW ein. Zum einen findet der interessierte Leser aus der Wissenschaft, der politischen Administration sowie aus der sozialen und politischen Praxis Materialien, Analysen und anwendungsbezogene Konzeptionen, die für die tägliche Auseinandersetzung mit dem und im Transformationsprozeß genutzt werden können. Zum anderen gibt die Reihe „Transformationsprozesse“ Sozialwissenschaftlern der neuen Bundesländer Gelegenheit, hier die Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Arbeit zu repräsentieren. Die Darstellung von Forschungsergebnissen seitens ostdeutscher Wissenschaftler erfolgt aus der Perspektive der unmittelbar von der Umwälzung Betroffenen und auf der Grundlage einer gegenüber westdeutschen Kolleginnen und Kollegen unterschiedlichen wissenschaftlichen Sozialisation. Dies wäre ohne die Unterstützung der zahlreichen ehrenamtlich in der Kommission agierenden Wissenschaftler aus den alten Bundesländern oft nur schwer möglich gewesen. Der Vorstand und die Herausgeber der Reihe "Transformationsprozesse" hoffen insofern, mit diesen Publikationen auch die Integration der Sozialwissenschaften der alten und neuen Bundesländer zu befördern.

Die in dem hier vorgelegten Reader „Ostdeutschland im Wandel: Lebensverhältnisse – politische Einstellungen“ präsentierten Forschungsergebnisse basieren auf der KSPW-Repräsentativumfrage, die als Sondererhebung des Sozialwis-

senschaften-Bus von Januar bis März 1993 in den neuen Bundesländern und Berlin(Ost) durchgeführt worden ist.

Die Beiträge im ersten Abschnitt thematisieren ausgewählte soziale Lebensbedingungen und soziale Lagen. Otto G. Schwenk diskutiert die Frage, ob das in den alten Bundesländern verwendete (und dort bewährte) Konzept der sozialen Lagen sich zu einer angemessenen Abbildung von gesellschaftlichen Verhältnissen und sozialen Strukturen in den neuen Bundesländern eignet. Anhand von ausgewählten Strukturmerkmalen der ostdeutschen Bevölkerung und empirischen Ergebnissen der KSPW-Mehrthemenbefragung zu den Lebensbedingungen und sozialen Lagen in den neuen Bundesländern wird gezeigt, daß die historische Einmaligkeit der Situation es nicht erlaubt, Sozialstrukturanalysen einfach nach (alt-) bundesdeutschem Muster zu betreiben. Die Darstellung und Analyse sozialer Lagen in den neuen Bundesländern (Arbeitsmarkt, Arbeitsbedingungen, Wohnbedingungen und infrastrukturelle Einrichtungen, soziale Integration) ergibt, daß sich einerseits die gleichen sozial-strukturellen Dimensionen in beiden Teilen Deutschlands als lagebestimmend erweisen, andererseits sich die Lebensverhältnisse der Menschen im Osten qualitativ und quantitativ derart stark von denen im Westen unterscheiden, daß deren spezifische Konstellationen und Ausprägungen mittelfristig differenziert behandelt werden müssen; z.T. erweisen sich bereits die Kategorisierungen auf der Ebene der Fragestellung als nicht kompatibel.

Der Beitrag von Elvir Ebert bietet einen Überblick über die Entwicklung der privaten Einkommen und des Konsums in den neuen Bundesländern seit 1989. Meinungen der Ostdeutschen über Wege und zeitliche Dimensionen zur Herstellung gleicher Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik sowie subjektive Reflexionen der wirtschaftlichen Lage sind weitere Themen dieses Artikels. Es wird gezeigt, daß die Einkommens- und Konsumententwicklung zu den positiven Seiten des bisherigen Transformationsprozesses in Ostdeutschland gezählt werden muß, auch wenn künftige Differenzierungen in den Lebenslagen für bestimmte Bevölkerungsgruppen verstärkt auftreten werden.

Unter dem Titel „Erwerbsverläufe im Transformationsprozeß“ macht Sabine Schenk deutlich, daß der Transformationsprozeß zu einem radikalen Wandel der Arbeitsmarktstrukturen in den neuen Bundesländern führte, der die Lebenschancen und -perspektiven der Ostdeutschen so unmittelbar und nachhaltig berührt, wie kein anderer Bereich des sozialen und politischen Wandels. Sie analysiert sich daraus ergebene Problemstellungen und Fragen. Welche Strukturmuster von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit haben sich herausgebildet bzw. werden sich künftig herauskristallisieren? Wird es eine weitgehende Anpassung an die Struktur- und Allokationsmuster der Erwerbstätigkeit in den alten Bundesländern geben? Kommt es zu einer Flexibilisierung und Pluralisierung von Erwerbsmustern? Welche Rolle spielen Merkmale wie Alter, Geschlecht, einmal erreichte Qualifikation für die Chancen und Zukunftsaussichten auf dem Arbeitsmarkt? Dabei werden die Anpassungskonflikte im Beschäftigungssystem aus einer erwerbs-

verlaufsbezogenen Perspektive untersucht. Verdeutlicht wird u.a., daß es keine durchgängige Destabilisierung von Erwerbsverläufen im Transformationsprozeß gibt; vielmehr steht der Diskontinuität eine verblüffend große Anzahl kontinuierlicher Beschäftigungsverläufe gegenüber. Dies schließt jedoch nicht aus, daß künftig – bedingt durch massive und auch perspektivisch kaum zu kompensierende Verwerfungen in den Berufskarrieren und Lebenschancen einzelner Gruppen – mit erheblichen Konfliktpotentialen zu rechnen sein wird.

Kimberly Crow und Martina Hennig stellen Aspekte der Wohnbedingungen und der sozialen Infrastruktur von Familien dar. Anhand von soziodemographischen Merkmalen, empirischen Ergebnissen zur Familien- und Wohnungssituation sowie zur kindbezogenen Infrastruktur des Wohnumfeldes werden Besonderheiten der Lebensverhältnisse im Osten Deutschlands herausgearbeitet. Auf dieser Grundlage entwickeln sie ihre These, daß die regionalen Disparitäten in der kommunalen Infrastruktur für Kinder und Jugendliche, welche zu beträchtlichen Teilen in den spezifischen gesellschaftlichen und sozialpolitischen Bedingungen der DDR begründet sind, künftig zu verstärkten örtlichen Ungleichheiten führen könnten, wenn dieser Situation nicht steuerungspolitisch begegnet wird.

In einem zweiten Teil werden Wertorientierungen und die Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen durch die ostdeutsche Bevölkerung reflektiert. Die für die Ostdeutschen neuen gesellschaftlichen Strukturen und Rahmenbedingungen finden ihren Niederschlag in veränderten Einstellungen sowie Wertorientierungen und äußern sich in spezifischen Verhaltensweisen.

Thomas Gensickes Beitrag gibt darüber Auskunft, wie die Ostdeutschen die allgemeine wirtschaftliche Lage und ihre private Haushaltssituation im Vergleich zu den Bürgern anderer ehemals sozialistischer Länder einschätzen. Ferner wird der Frage nachgegangen, wie der Transformationsprozeß psychisch in Ost- und Westdeutschland bewältigt wird, wobei auf die hohe psychische Stabilität und Frustrationstoleranz, auf das Selbstbewußtsein und die Anpassungsfähigkeit und Flexibilität der Ostdeutschen verwiesen wird. Die Bewältigung des Umbruchs in den neuen Bundesländern erfolgt danach relativ pragmatisch und optimistisch. Analysiert werden die sich ändernden Einstellungen und Wertorientierungen der ostdeutschen Bevölkerung mittels Pflicht-, Akzeptanz- und Selbstentfaltungswerten, im Vergleich mit westlichen Wertemustern. Die z.T. erheblichen Umschichtungen in den Wertetypen zwischen 1990 und 1993 und die Darstellung verschiedener Strategien, wie die Ostdeutschen mit den Schwierigkeiten des Transformationsprozesses fertig werden, sind weitere Schwerpunkte des Beitrags.

Stefan Löwenhaupt macht sichtbar, welche Einstellungen die Bürger in den fünf neuen Bundesländern und Berlin-Ost gegenüber den Behörden und den Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung in den Kommunen haben. Er dokumentiert, wie zufrieden bzw. unzufrieden Ostdeutschen mit der generellen Arbeitsweise, dem Arbeitstempo, der Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft der Mitarbeiter in den Ämtern sind, wie sie (die für sie neuen) Beschwerdemöglichkeiten

wahrnehmen, und welches Potential an Protestneigungen vorhanden ist. Die Interviewten lassen sich, je nach Einstellungsprofil gegenüber den administrativen Strukturen, in vier Bürgertypen einteilen: die selbstbewußten Klienten, die autoritätsgläubigen Untertanen, die Frustriert-Resignativen und die Dissonant-Konfliktbereiten. Weiterhin werden Zusammenhänge zwischen der faktischen Abhängigkeit von bestimmten Hilfen und Leistungen, der Art der beanspruchten Leistung und deren subjektiver Bewertung durch die Leistungsempfänger und der „Output-Zufriedenheit“ diskutiert.

Demokratieverständnis, politischer Protest und Parteipräferenzen sind die Schwerpunkte der Beiträge des dritten Teils. Jedes politische System benötigt, um in einer sich wandelnden Umwelt behaupten zu können, ein Mindestmaß an Unterstützung durch die Bevölkerung. Fehlt diese, dann treten mit großer Wahrscheinlichkeit Verhaltensmuster auf, die den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährden und im Extremfall zum Zusammenbruch der politischen Ordnung führen. Nicht zuletzt hieraus resultiert die Bedeutsamkeit, sich mit den Konsequenzen politischer Unzufriedenheit in den neuen Bundesländern zu beschäftigen.

Oscar W. Gabriel weist nach, daß nach den vorliegenden Umfragedaten sich das neue politische System in Ostdeutschland noch nicht auf die unangefochtene Unterstützung der Bevölkerung stützen kann. Offenkundig haben sich die mit dem Beitritt verbundenen – hochgesteckten – Erwartungen für einen Teil der Bevölkerung nicht erfüllt. Entsprechend negativ fallen die Implikationen für das Verhältnis zur Gesellschaft, zur Demokratie und ihren Institutionen aus. Es wird ein Überblick über die Zufriedenheit der Bevölkerung mit verschiedenen Aspekten des politischen und gesellschaftlichen Zusammenlebens und über das Protestpotential in Ostdeutschland gegeben. Analysiert werden Zusammenhänge zwischen politischer Unzufriedenheit und politischem Protest. Dabei wird die in der politikwissenschaftlichen Forschung verwendete Efficacy-Distrust-Hypothese überprüft und ein erweitertes Modell zur Erklärung des politischen Protests zur Anwendung gebracht.

Mit Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus setzt sich Wolfgang Kühnel auseinander. Der Beitrag gibt Auskunft über die Potentiale fremdenfeindlicher, nationalistischer und autoritärer Einstellungen und versucht die Frage zu beantworten, ob Unzufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung und Mißtrauen in die staatlichen Institutionen zu solchen Einstellungen führen. Danach haben Erfahrungen mit sozialer Deprivation und Anomie anscheinend nicht die entscheidende Bedeutung für die Erklärung von Fremdenfeindlichkeit. Die empirischen Ergebnisse belegen, daß in Ostdeutschland fremdenfeindliche und nationalistische Einstellungspotentiale in der Wählerschaft der traditionellen Parteien und bei den parteipolitisch Unentschiedenen zu finden sind. Fremdenfeindliche Einstellungen sind vor allem bei jenen Bürgern anzutreffen, denen es nicht unbedingt auf demokratische Mitwirkung in der Gesellschaft ankommt und die ein repressives Vorgehen des Staates befürworten.

Hans Rattinger untersucht in seinem Beitrag Parteeinigungen in Ostdeutschland vor und nach der Wende. Worin liegen Veränderungen in den „Parteiidentifikationen“ in Ostdeutschland begründet? Resultieren diese aus Wahrnehmungen der wirtschaftlichen Entwicklung seit der Vereinigung und aus der persönlichen Betroffenheit, oder sind die Gründe eher in sozialen Milieus zu suchen? Gab es (und wenn ja, in welchem Umfang) bereits vor der Wende in der DDR stabile Orientierungen gegenüber Westparteien, und welche Übergänge von retrospektiven zu aktuellen Parteiidentifikationen sind seit der Volkskammerwahl im März 1990 bis zum Frühjahr 1993 zu beobachten? Die Abhandlung gibt Antwort auf diese und andere Fragen und informiert über typische Veränderungsmuster in den Parteeinigungen in Relation zu demographischen, sozialstrukturellen Merkmalen und zu sozialen Lagen und verweist auf den Einfluß der Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt und der individuellen Einschätzung der gegenwärtigen Position. Deutlich wird, daß die konstatierbaren Umorientierungen sich, wenn überhaupt, nur schwer erklären lassen.

Über Wahlverhalten und Wahlabsichten in Ostdeutschland 1990 und 1993 informiert Jürgen W. Falter. Die letzten Wahlen in der DDR und die ersten Wahlen in den neuen Bundesländern im Jahre 1990 brachten große Überraschungen. Die CDU wurde, entgegen den Wahlvorhersagen, mit weitem Abstand die stärkste Partei. Inzwischen – nach der Europawahl, den Landtagswahlen und der Bundestagswahl 1994 – stellt sich die Frage, ob das Wahlverhalten in den neuen Bundesländern generell eine höhere Volatilität aufweist, als in den alten Bundesländern, umso stärker. Im Mittelpunkt des Beitrags steht das Problem, ob die Verschiebungen in den Wahlabsichten und im tatsächlichen Wahlverhalten seit der Bundestagswahl 1990 bis zum Erhebungszeitpunkt Anfang 1993 bestimmten sozialstrukturellen Mustern folgen, etwa im Sinne einer Ost-West-Angleichung, oder ob sie eher das Ergebnis subjektiver Reflexionen der wirtschaftlichen Situation, von Ängsten und persönlichen Betroffenheiten seit dem Beitritt sind?

In dem abschließenden Beitrag wird die methodische Anlage und Ausführung der KSPW-Repräsentativumfrage 1993 beschrieben. Jürgen H. P. Hoffmeyer-Zlotnik stellt darin die methodische Konzeption der Befragung vor, bewertet Stichprobenausschöpfung und Ausfallgründe, das Geschehen im Feld, einschließlich der möglichen Einflußnahme der Interviewer auf die Interviewersituation. Für die Auswahl der zu kontaktierenden Haushalte wurde das Master-Sample des Arbeitskreises Deutscher Marktforschungsinstitute e.V. (ADM) eingesetzt. Stichprobenplan, Interviewernetz und die relativ geringe Zahl der Ausfälle gewährleisten die gebotene Qualität der Abbildung sozialer Strukturen und Sachverhalte in den neuen Bundesländern und in Ostberlin. Insgesamt stehen 2.125 auswertbare Interviews zur Verfügung.

Halle, im November 1994
Der Vorstand der KSPW

Der Herausgeber des Bandes